

Erdbeben: Gleiche Unterstützung für alle Betroffenen

Onlinepetition an Bundesinnenministerium
und Auswärtiges Amt

„Den wahren Freund erkennt man in der Not“, sagte Bundeskanzler Scholz kurz nach dem entsetzlichen Erdbeben in der Türkei und Syrien, „und wir sind wahre Freunde.“

Was schön klingt, geht leider an der Realität der Menschen in Syrien und der Türkei vorbei. Viele Menschen vor Ort sowie ihre Angehörigen in Deutschland, warten vergeblich auf Unterstützung der Bundesregierung. Insbesondere die Menschen in Nordsyrien und Geflüchtete in der Türkei hat teilweise noch überhaupt keine Hilfe erreicht. Auch die angekündigten Visaerleichterungen schließen diese Menschen aus. Zudem sind sie aufgrund der bürokratischen Hürden nicht mit den Lebensrealitäten der Überlebenden vereinbar. Gleichzeitig werden weiterhin Menschen aus Deutschland in die Türkei abgeschoben.

**Sehr geehrte Frau Faeser,
sehr geehrte Frau Baerbock,**

wir fordern:

1. Ein stärkeres humanitäres Engagement der Bundesregierung, um zu gewährleisten, dass Hilfe in allen betroffenen Gebieten gleichermaßen ankommt.
2. Unbürokratische Visaverfahren für Erdbebenopfer türkischer, syrischer & aller anderen Nationalitäten mit Angehörigen in Deutschland sowie eine realistische Verlängerung der Aufnahmedauer über die vorhergesehenen 90 Tage hinaus. Das muss auch für Geflüchtete gelten, die ihre Heimat bereits zum zweiten Mal verlassen müssen. Bisher schließt sie die Bundesregierung aus.
3. Eine Erweiterung der Aufnahmemöglichkeit. Auch Kinder beispielsweise, die bei dem Erdbeben ihre Eltern verloren haben, oder Verletzte, die keine Versorgung vor Ort bekommen können, müssen zu ihren nächsten Verwandten nach Deutschland kommen können. In solchen Fällen müssen humanitäre Visa unbürokratisch ausgestellt werden.

4. Einen bundesweiten Abschiebestopp in die Türkei.

Jede dieser Forderungen ist umsetzbar. Zivilgesellschaftliche Organisationen haben anhand zahlreicher Konvois gezeigt, dass Hilfe nach Syrien möglich ist. Allerdings darf die Verantwortung dafür nicht allein bei der Zivilgesellschaft und der UN liegen – wir erwarten von der Bundesregierung, umgehend dafür zu sorgen, dass die zugesicherte staatliche Hilfe schnell und verlässlich bei den Betroffenen vor Ort ankommt!

Zudem müssen Bundesinnenministerium und Auswärtiges Amt versprochene Visaerleichterungen so umsetzen, dass sie für alle Betroffenen gelten. Bisher scheitern selbst Personen, denen die Bundesregierung bereits Erleichterungen eingeräumt hat, an den zu hohen bürokratischen Hürden. Das Erdbeben hat nicht nach Pässen gefragt, wir sollten es auch nicht tun.

Unterzeichnende:
PRO ASYL e.V., Wir Packen`s An, Leave No One Behind, Adopt a Revolution, Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V., weitere Unterzeichnungen online:
<https://bit.ly/3m9DLeG>



„Die Frau am Telefon hat gesagt, sie könne mir nicht helfen“

Erleichtertes Visumsverfahren für syrische Erdbebenopfer als Farce

Zandah Mannan aus Köln ist in großer Sorge um ihre Schwester und deren Kinder. Diese sind nach der Flucht vor Bomben und dem von der Türkei gegen die Kurden in Nordsyrien geführten Krieg in einem Dorf mitten im Erdbebengebiet zwischen Aleppo und Afrin gestrandet. Frau Mannan richtet einen Hilferuf an ZEIT-online:

„Auf der Website des Auswärtigen Amtes stand ein paar Tage nach dem Erdbeben, dass es Erleichterungen für türkische und syrische Familien geben sollte. Aber für Syrer stimmt das nicht. Sie müssen immer noch in den Libanon, in die Türkei oder nach Jordanien, um dort ein Visum zu beantragen. Dabei gibt es zwei Probleme: Sie brauchen einen Termin in der jeweiligen Botschaft und die sind extrem schwer zu bekommen. In Jordanien zum Beispiel erst in einem Monat. Und auch wenn ich einen Termin für sie bekommen würde, müsste sie immer noch hinfahren. Ich muss für sie buchen, weil ihr Internet zu schlecht dafür ist. Die Fahrt dorthin würde pro Person 600 Euro kosten und sie benötigen ein Visum, um in Jordanien einzu-reisen. Ich bräuchte also auch noch einen Termin in der jordanischen Botschaft in Damaskus. Ich habe mit einem Mitarbeiter von der jordanischen Botschaft in Damaskus telefoniert: Er hat gesagt, wir müssten das Visum für Jordanien ungefähr einen Monat vor dem Termin in Jordanien beantragen. Es ist alles so kompliziert.

Ich habe große Angst, dass meine Schwester stirbt. Ihr Name ist Ronahin Mannan, sie ist 33 Jahre alt und eigentlich Lehrerin. Durch das Erdbeben hat sie schon ihr zweites Zuhause verloren. 2018 sind türkische Truppen in Afrin einmarschiert und sie musste fliehen, weil sie Kurdin ist. Sie lebte in einem kleinen Ort zwischen Afrin und Aleppo, als das Beben kam. Danach haben sie und die Kinder entweder auf einer Matratze auf der Straße oder in einem halb zerstörten Haus geschlafen. Seit dem zweiten [von mehreren Erdbeben binnen weniger Tage] haben sie zu große Angst, im Haus zu bleiben. Die Kinder sind klein, der jüngste ist ein Jahr alt und einer hat Herzprobleme. Die Kinder schlafen jetzt im Hühnerstall oder in dem Autoan-hänger vom Nachbarn. Tagsüber suchen sie nach Holz, damit sie nachts ein Feuer anzünden können. Jedes Kind trägt in der Nacht zwei Paar Socken und mehrere Pullis übereinander. Die Erwachsenen bleiben draußen und passen auf.

Sonntag war Ronahin mit dem Auto unterwegs. Sie wollte in einem Nachbarort Geld holen, das ich ihr geschickt hatte. Damit kauft sie für alle Brot, die noch da sind. Dann hat es einen Bombenangriff gegeben. Sie war fünf Minuten vor dem Angriff noch dort gewesen, wo die Bomben einschlugen. Eine Person wurde getötet und es gab viele Verletzte. Ich freue mich wirklich für die Menschen in der Türkei, die jetzt nach Deutschland können, aber die Menschen in Syrien leiden doppelt.

Ich esse und schlafe kaum noch. Langsam gebe ich die Hoffnung auf, aber aufhören kann ich trotzdem nicht. Am Dienstag habe ich wieder mit dem Auswärtigen Amt telefoniert. Die Frau am Telefon hat gesagt, sie könne mir nicht helfen. Aber wer dann?“

Der vollständige Hilferuf stand am 27.2.2023 auf ZEIT-online: <https://bit.ly/3J5OrUI>

Letzte Meldung: BMI: Erdbebenopfer ist nicht gleich Erdbebenopfer

Am 11.2.2023 erklärte Bundesinnenministerin Nancy Faeser „Wir wollen ermöglichen, dass türkische oder syrische Familien in Deutschland enge Verwandte aus der Katastrophenregion unbürokratisch zu sich holen können. ... Mit regulären Visa, die schnell erteilt werden und drei Monate gültig sind.“

29 Millionen Menschen sind in der Türkei und in Syrien vom Erdbeben betroffen. Am 28.2.2023 waren nach für die Betroffen-
nen jeweils überbordenden bürokratischem Aufwand gerade einmal 733 erleichterte Visa ausgestellt.

Aber die Zusage zur Visumserteilung gilt auch nicht mehr für Betroffene aus Syrien. Anfang März 2023 erklärte das Bundesin-
nenministerium auf Anfrage des Magazins Monitor: „Betroffene Personen müssen die Absicht haben, ... Deutschland wieder
zu verlassen. Voraussetzung ist insofern auch, das Bestehen einer Rückkehrmöglichkeit. Eine solche ist bei syrischen Staatsan-
gehörigen nicht gegeben.“

Quelle: ARD-Magazin Monitor, 2.3.2023: <https://bit.ly/3Yk8enQ>